

Sehr geehrte Kommunalpolitikerinnen,
sehr geehrte Kommunalpolitiker,

in den nächsten Tagen werden Sie in den Zahnarztpraxen, im öffentlichen Raum und auf Social Media die Kampagne "Sofort Schluss" wahrnehmen.

Zu unseren Anliegen wollen wir Sie über die sich entwickelnde Problematik für unseren Berufsstand und unsere Patienten informieren, damit Sie über wesentliche Faktoren Kenntnis haben.

Wir bauen darauf, dass Sie in Wahrnehmung Ihrer politischen Verantwortung direkt oder indirekt agieren und sich lösungsorientiert einbringen können.

Wir sehen aus vielerlei Gründen die Versorgung der Patienten ernsthaft gefährdet.

Mit unserer heutigen E-Mail versuchen wir, die spezifische Belastung durch Bürokratie in unseren Praxen näher zu beleuchten.

Unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihren Praxisteams wissen sehr wohl, dass eine ordentliche Verwaltung und Dokumentation für einen Staat mit einem modernen Gesundheitssystem unverzichtbar ist. Es muss aber zwischen dem Erhalt der unverzichtbaren Bürokratie und dem Abbau von nicht notwendiger Bürokratie abgewogen werden. Das Problem sind Qualität und Quantität der bürokratischen Pflichten. Oftmals stehen die Anforderungen erkennbar nicht in Relation zu den durch sie vermiedenen Risiken. Oftmals werden Dokumentationen immer identisch in hoher Frequenz gefordert. Oftmals ist allenfalls ein geringer Nutzen für die Patienten erkennbar. So bieten z.B. die Notfalldaten und der Medikationsplan der kommenden elektronischen Patientenakte auch im zahnärztlichen Kontext einen hohen Nutzen für Arzt und Patient; alle übrigen sich daraus ergebenden Pflichten sind im zahnärztlichen Bereich ohne Nutzen für die Behandlung, fordern aber einen hohen Zeiteinsatz.

Der sinnleere oder sinnarme Anteil der Bürokratie hat ein hohes Erschöpfungspotenzial. Mitarbeitende entscheiden sich für andere Arbeitsplätze, Zahnärztinnen und Zahnärzte schließen ihre Praxen im Alter vorzeitig. Gleichzeitig wagt der zahnärztliche Nachwuchs nicht den Schritt in die Niederlassung.

All diese Faktoren gehen zu Lasten der Behandlungskapazitäten.

Ausweislich einer Untersuchung des Normenkontrollrates des Bundes sind in einer Einzelpraxis 1,25 Mitarbeitende mit Bürokratie beschäftigt.

Ausweislich des KZBV Jahrbuch 2023 werden 8,3 von 43,8 zahnärztlichen Wochenarbeitsstunden durch Praxisverwaltung belegt.

Von den allgemeinen Bürokratieentlastungsvorhaben des Bundes und den spezifischen Vorhaben des BMG profitiert die Zahnärzteschaft nur minimal.

Der demografische Wandel zieht ein. Immer weniger Zahnärztinnen und Zahnärzte mit immer weniger Fachpersonal werden eine alternde Bevölkerung mit wachsendem Behandlungsbedarf versorgen müssen.

Um menschliche und materielle Ressourcen für die Patientenbehandlung freizusetzen, ist ein dringender Bürokratieabbau unabdingbar!

Alles hängt mit allem zusammen.

Wir setzen auf Ihre aktive Unterstützung und freuen uns über eine Rückmeldung. Unsere Expertise auf der Suche nach Lösungen stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand der
Bezirkszahnärztekammer Rheinhessen K.d.ö.R.
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 24
55130 Mainz
Mail: bzk.rheinhessen@bzkr.de

www.sofortschluss.de

Instagram: @bzk_rheinhessen